



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Cleinow, Georg: Der Aufbau im Osten : unser Verhältniß zu Rußland

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Der Aufbau im Osten

Von Georg Kleinow

### Unser Verhältnis zu Rußland



Der Kaiser hat den Ministerialdirektor Dr. Grafen von Keyserling zum Kommissar des Reichskanzlers für die Bearbeitung der Angelegenheiten von Litauen, Kurland und der übrigen östlichen Gebiete — das sind Livland, Estland, Letgallen, Weißrußland —, mit Ausnahme von Polen, ernannt. Damit ist zögernd der Weg betreten, der zur völligen politischen Zusammenfassung der um die Düna herumliegenden Gebiete führen kann, wie sie im vorigen Heft vorgeschlagen wurde. Ob man soweit gehen will, ist freilich eine andere Frage. Die Entscheidung darüber wird sehr wesentlich davon abhängen, wie sich die betroffenen Gebiete selbst dazu stellen. — Inzwischen wird wohl die Regierung wieder zahlreiche Warnungen aus den Kreisen, die vor dem Kriege in irgendwelchen wirtschaftlichen oder ideellen Beziehungen zu Rußland gestanden haben, zu hören bekommen, doch ja nicht zu früh dauernde Verhältnisse im Osten zu schaffen, die einer späteren Verständigung mit Rußland hindernd im Wege stehen könnten. Die heute noch so denken, wurzeln mit ihren Anschauungen bewußt und unbewußt in den Gedankengängen, die Bismarcks Politik leitete. Sie können es sich nicht vorstellen, daß Rußland nun einfach beiseite geschoben sein und nicht doch wieder einen Machtfaktor darstellen sollte, nach dem Deutschlands Politik sich einzurichten haben werde. Bei den wirtschaftlich interessierten, ebenso wie bei einer gewissen Richtung von Kontinentalpolitikern, spielen die alten Vorstellungen sogar eine so große Rolle, daß man bei ihnen dem Wunsche begegnet, Rußland möchte sich so schnell als möglich wieder unter einem Zaren sammeln, zu Kraft und Ansehen gelangen, damit es uns, nun durch Schaden klug geworden, wieder wirtschaftlichen und politischen Rückhalt in den Welt- und Kontinentalgeschäften gewähren könnte; um diesen Preis wären sie sogar bereit, alle Rußland abgenommenen Gebiete wieder herauszugeben. Dabei ist ihr Blick starr auf Moskau und Petersburg gerichtet, wo nach ihrer Meinung auch fernerhin Rußlands Macht liegen werde. Es sind zu ernste Kreise, die solchen Auffassungen huldigen, als daß die Regierung über sie stillschweigend zur Tagesordnung übergehen dürfte. In der Sache selbst sind sie durch die Tatsachen vorläufig ins Unrecht gesetzt. Das hindert jedoch nicht, daß der stärkste Träger ihrer Gründe, der Glaube an die Zukunft Rußlands, ein durchaus richtiges Gefühl ist.

Auch ich bekenne mich zu dem Glauben, daß Rußlands Geschick durch den bisherigen Zusammenbruch nicht endgültig besiegelt ist. Die Völker Rußlands werden sich in irgendeiner Form wieder zu Macht und Ansehen zusammenschließen und Rußlands angeblicher Zerfall wird sich uns, wenn es seine innere Krise erst überstanden hat, als eine Befreiung starker, bisher gefesselter Kräfte enthüllen, die, auf ein gemeinsames Ziel geeint, Anspruch auf Beachtung und Berücksichtigung in der Weltpolitik heischen werden. Wir selbst, unsre Kaufleute und Ingenieure werden ihnen dabei helfen und unsere Truppen sind schon an der Arbeit, die dem Wiederaufbau von ganz Rußland dient, indem sie die Ukraina von

den Banden der Maximalisten säubern und einer national bedingten Staatsgewalt helfen Wurzel zu schlagen; durch Besetzung des Nordwestgebietes und des Baltikums zwingen wir ferner die Moskowiter, sich auf ihre eigenen Angelegenheiten zu konzentrieren, was sehr erheblich zur Konsolidierung beitragen dürfte.

Eine solche Auffassung von der Zukunft Rußlands hat indessen nicht zur Konsequenz, daß unsere Regierung die Hände in den Schoß legt und die Entwicklung der besetzten Gebiete deren Bewohner selbst überläßt. Der Gedankengang, der zu dieser Forderung führt, hatte Berechtigung, solange Rußland nicht militärisch zu Boden geworfen war und solange sich nicht alle die Gebiete in unseren Händen befanden, deren wir zur militärpolitischen Sicherung gegen den Osten bedurften. 1916 einen Polenstaat zum Leben erwecken, ohne ihn fest an unserer Seite zu wissen, hieß einen Preis für zweifelhafte diplomatische Werte zahlen, der diesen nicht entsprach! Die Eroberung Polens bot uns rein militärische Vorteile, die zur politischen Umprägung wohl zugunsten der Polen, nicht aber für uns ausreichten. 1918, nach dem Sonderfrieden mit der Ukraina und dem Frieden mit den Maximalisten, liegen die Dinge wesentlich anders: wir haben damit erst die Freiheit gewonnen, sehr weittragende Entschlüsse wegen der besetzten Gebiete zu fassen und können nun Verhältnisse schaffen, die geeignet sind, die künftige Entwicklung eines neuen Rußland und unserer Beziehungen zu ihm tief zu beeinflussen. Das ist der springende Punkt! Wollte die Regierung angesichts des nunmehr vorhandenen Tatsachenmaterials die Hände in den Schoß legen, so schüfe sie durch ihre Untätigkeit nur Raum für die Gefahr, daß wir die Führung im Osten, die unsere Armeen erstritten haben, wieder verlieren und selbst ins Schlepptau des politischen Willens eines künftigen Rußlands gerieten.

Die neue Lage im Osten wird durch folgende Tatsachen gekennzeichnet: In Nordrußland sprechen alle Anzeichen dafür, daß die Maximalisten, sobald sie aus der Ukraina verjagt sind, einer neuen Regierung Platz machen werden, von der wir noch nicht mit Bestimmtheit annehmen können, daß sie in den Friedensvertrag eintritt; wir müssen sogar darauf gefaßt sein, daß sie mit Hilfe oder unter dem Druck Japans in einem bestimmten Augenblick uns in irgendeiner Form feindlich gegenübertritt. Demgegenüber steht die Tatsache, daß zwei wichtige Teile des alten Rußland, nämlich Finnland und die Ukraina, nicht nur Frieden mit uns geschlossen haben, sondern auch, wenn auch in Beschränkung auf den Osten, unsere Bundesgenossen geworden sind; ihre Interessen laufen mit den unsrigen eine wie es scheint, weite Strecke zusammen. Von ihm und nicht von den Staatszielen des alten Rußland haben wir auszugehen bei der Beurteilung, ob unsere Maßnahmen in Polen und Dünalund der Wiederaufnahme guter Beziehungen zu den Russen entgegenstehen werden oder nicht. Das alte Rußland besteht im Augenblick nicht mehr; die Güter der alten Ideale, die zum Kriege führten, sind militärisch und politisch ohnmächtig. Durch die Gestaltung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten sind wir befähigt, die Wiedergeburt des alten Rußland zu verhindern oder doch zu erschweren. Alle Faktoren dafselbst drängen sich uns förmlich auf, dem neuen Rußland auch neue politische Bahnen zu weisen. Das von uns besetzte Gebiet eignet sich in militär-geographischer, wirtschaftlicher und ethnographischer Beziehung zur Schaffung von politischen Einheiten bis zum Staat einschließlich, die sich wirtschaftlich und

militärisch sowohl leicht gegen ein angreifend auftretendes Rußland verteidigen ließen, wie auch eine Verbindung zu dem neuorientierten Rußland herstellen könnten. Die Bevölkerung dieser Gebiete steht überdies in ihrer überwiegenden Mehrheit der gegenwärtigen Regierung Nordrußlands durchaus ablehnend gegenüber.

Osten, Letten, Litauer wollen von den Maximalisten nichts wissen, — nur beim jüdischen und polnischen Proletariat machen sich stärkere Sympathien für sie bemerkbar. Es ist zwar damit noch nicht gesagt, daß diese Nationalitäten sich nun besonders zu den Deutschen hingezogen fühlten. Nein, solchen Illusionen wollen wir uns nicht hingeben. Ein bürgerliches Rußland, gleichgültig, ob monarchisch oder republikanisch regiert, würde auf sie und auch auf zahlreiche Deutsche innerhalb und außerhalb der baltischen Provinzen ohne Zweifel eine weit größere Anziehungskraft ausüben, wie das demokratische Kaiserreich Deutschland. Aber darum geht es ihnen im Augenblick gar nicht, sondern darum, wer ihnen ihren Besitz sicherzustellen und eine gewisse Garantie für friedliche Entwicklung zu geben vermag. Weil zufällig Deutschland und nicht Rußland die Macht dazu hat, darum stehen sie auch auf unserer Seite. Für uns bedeutet solche Stimmung vorläufig nur eine politische Chance im Kampf gegen das alte Rußland und die Entente, die ausgenutzt werden kann und muß zum wohl erwogenen Aufbau im Osten und damit zur Gestaltung unserer späteren Beziehungen zum neuen Rußland.

Das neue Rußland, das aus dem bebenden Leibe der alten „Matuschka Rossija“ gewaltsam ans Licht strebt, dessen Geburtsstunde die ganze Welt mit Grauen und Staunen entgegenseht, wie wird es aussehen? welche Kraft wird es darstellen? welche Ziele wird es verfolgen?

Die russische Revolution hat bisher, abgesehen von den inneren Umwälzungen und von dem Einfluß auf die Lage der Mittelmächte, an positiven Ergebnissen, nur eines für die große Politik gehabt: sie hat den Schwerpunkt des Russentums, der nach der Auseinandersetzung zwischen den Kijewer und Moskauer Teilfürsten vor Jahrhunderten nach Norden gerückt war und dort künstlich, besonders nach der Öffnung des Petersburger Fensters nach Europa und zuletzt durch die auf Frankreichs Milliarden gestützte Wirtschaftspolitik festgehalten wurde, zurückfallen lassen an seinen natürlichen Platz im Süden. Wird die Ukraina diese überragende Stellung sich erhalten können und unter welchen Voraussetzungen? Damit nähern wir uns dem Kern unserer ganzen Ostpolitik, der Frage, unter welchen Umständen die Wiedervereinigung Rußlands vorauszusehen ist.

Daß die Ukraina alle geographischen und wirtschaftlichen Vorbedingungen besitzt, die sie befähigen würden, einen eigenen Staat zu bilden, ohne von Nordrußland abhängig zu sein, habe ich schon im Herbst 1914 in den „Grenzboten“ ausführlich nachgewiesen. Bezweifelt wurde die politische Tragfähigkeit des sozialen Aufbaues beim ukrainischen Volke. Ihm fehlt eine eigene führende Schicht. Der Moskowiter mit seiner internationalen Gefolgschaft hat die Stellung einer solchen in der Regierung und Großindustrie eingenommen, während der ländliche Großgrundbesitz vorwiegend polnisch ist. Eben darum konnte die Ukraina dem moskowitischen Staatsgedanken wie eine reiche Kolonie dienstbar gemacht werden. Diese Abhängigkeit ist auch durch die Revolution und die Verstaatlichung des Bodens nicht beseitigt. Erst eine fernere Zukunft wird es erweisen, ob die freie Ukraina

ihrem eigenen Staatsgedanken eine eigene weltpolitische Richtung geben kann, die das Moskowitertum mitzureißen imstande wäre, wenn es nicht gar stark genug wäre eigene Wege zu gehen.

Aus den Zuständen in Nordrußland folgern zu wollen, daß die Maximallistenherrschaft das Volk unfähig machen werde, Jahrzehnte hindurch große Politik zu treiben, hieße die Russen unterschätzen. Auch Nordrußland hat Schätze, mit denen es ohne weiteres wieder in enge Handelsverbindung zur Ukraina als willkommenen Kunde treten könnte: Gold, Platin, Edelsteine, Kupfer, Holz, Fische und — menschliche Arbeitskräfte! Es sind wahre Völkerwanderungen, die sich um die Zeit der Ackerbestellung und der Ernte aus Nord- nach Südrußland wälzen, um dort in wenigen Wochen den Lebensunterhalt für den ganzen Winter zu verdienen. Zu Pfingsten aber beten hunderttausende von Pilgern aus allen Teilen Rußlands und Sibiriens in der Lawra zu Kijew um Befreiung von körperlichen Gebrechen. Gelänge es selbst die großwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Gebieten durch Zölle, Tarife, Enteignungen und sonstige, dem sozialistischen Almanach entnommenen Maßnahmen zu unterbinden, sofern solches überhaupt im Interesse der Ukraina selbst läge, diese in den Bedürfnissen der breiten Massen wurzelnden Beziehungen sind kaum zu unterbinden. Wehe dem dritten, der es etwa versuchen wollte, eine Trennung herbeizuführen. Beide Teile würden sich geeint gegen ihn wenden!

Die Scheidung zwischen Moskau und Kijew kann nur eine vorübergehende sein. Sie ist also keine jener Tatsachen, mit der im Schachspiel der Großen Politik als etwas Unerlöschlichem zu rechnen ist. Um so bedeutamer wird für uns schon in der nächsten Zukunft die Entscheidung sein, wer von den beiden Beteiligten die Kraft haben wird, bei der Wiedervereinigung die Führung zu übernehmen. Ist es Moskau, und können dessen wirtschaftliche Bedürfnisse sich den Vortritt erkämpfen, so wird der ganze politische Druck, den das alte Rußland auf die Ostsee, auf das Baltikum, Finnland und die nordischen Staaten ausübte, neu und mit verstärkter Kraft aufleben und uns in der Ostmark und an der Weichsel ebenso bedrohen, wie Schweden in seinen nördlichsten Bezirken. Ist es aber die Ukraina, so wird Neurußlands Bestreben nach Vorderasien, Persien, Zentralasien gerichtet sein, als unser wirtschaftlicher Wettbewerber und Verbündeter, nicht als nationaler Feind. Im ersten Falle würde sich sehr bald eine Verständigung des Baltikums Rußland mit England und Amerika mit friedlicher Durchdringung des Baltikums im Gefolge erzielen lassen; im zweiten wird Rußland eine ernste Drohung gegen Indien sein und mit uns das gleiche Interesse an freien Ausgängen aus dem Mittelmeer zu den Weltmeeren haben. Ein von der Ukraina geführtes Rußland ist weltwirtschaftlich in erster Linie Levantestaat, wenn Nordrußland führt, würde es in erster Linie ein Ostseestaat werden.

Ist sich die Regierung über diese Alternative klar, so wird sie wissen, daß alle ihre Maßnahmen im Dünalands mit einer Wirtschaftspolitik in der Ukraina in Einklang gebracht sein müssen, die diese befähigen würde, die weltpolitische Führung des geeinten Rußland zu übernehmen. Gelingt dies nicht, so wird der Kampf ums Baltikum von neuem entbrennen und wir werden uns bald einer ähnlichen Koalition von Mächten gegenübersehen, wie am Anfange des Weltkrieges. Auf die ungünstigsten Möglichkeiten aber muß die Politik gerüstet sein. Darum

werden die von uns an die Vereinigung des Baltikums zu einem großen Staatswesen geknüpften Hoffnungen um so eher in Erfüllung gehen, je gefestigter dieser Staat innerlich ausgebaut und je größere Vorteile er allen seinen Bewohnern zu bieten vermag, Vorteile, für die es sich lohnte im äußersten Falle auch das Schwert zu ziehn, sei es gegen die Moskowiter, sei es gegen die Polen oder eine von England vorgeschobene Macht. Ob der Weg, der der Regierung gegenwärtig durch jene Skurländer gezeigt wird, die dem Könige von Preußen den kurischen Herzogshut anboten, der richtige ist, läßt sich solange nicht übersehen, wie das Schicksal Litauens unbekannt bleibt. Einen Staat lediglich nach den Wünschen einer Nationalität bilden zu wollen, wodurch alle andern von vornherein in den Gegensatz zu diesem Staate getrieben würden, wäre entschieden zu verwerfen. Dänaland sollte innerlich so eingerichtet sein, daß alle seine Bewohner gleichen Anteil an seinem wirtschaftlichen Aufschwung nehmen können. Im übrigen sollte es so in das ost- und nordeuropäische Wirtschaftssystem eingebaut werden, daß es, des neuen Rußland Welthandel zusammen mit dem deutschen fördernd, dies niemals reizte, sich seiner zu bemächtigen. Dem Grafen v. Keyserlingk als Reichskommissar wird aus diesen Zusammenhängen heraus eine hochbedeutsame und schöne Aufgabe, wie sie wenigen Staatsmännern in der Geschichte gestellt worden ist. Möge er eine glückliche Hand haben! Von seiner Arbeit am Bau hängt das Schicksal von Millionen unserer Kinder mit ab.



## Innere Politik in Oesterreich und Bündnis

Von Karl Hermann



Die letzten vier Wochen waren eine besonders gute Schule für das Verständnis des Bündnisses zwischen den Mittelmächten und für die verborgenen und sehr wichtigen Beziehungen, die zwischen ihm und der inneren österreichischen Politik bestehen. An der Oberfläche sah man wieder einmal eine Parlamentskrise, als die unmittelbar sichtbaren Ursachen dafür zeigten sich die enttäuschten großpolnischen Hoffnungen, die polnische „Nationaltrauer“ sowie die von der Gefühlspolitik der Massen flug gestützte, viel erprobte Kuhhandelroutine des Polenklubs. Ganz zu unterst aber, und dem flüchtigen Blick verborgen, ruht das dauernde, ungelöste und wohl unlösbare österreichische Verfassungsproblem, von dem viele behaupten, daß man es als ein Verwaltungsproblem ansehen müsse, wenn man ihm überhaupt irgendwie beikommen wolle. Denn die polnischen Drohungen wären natürlich nicht imstande gewesen, selbst nicht mit Hilfe der maximalistisch-doktrinären Sozialdemokratie, den Kriegshaushalt des Staates und seine gesetzmäßige Bewilligung in Frage zu stellen, wenn nicht die Regierungsmehrheit in diesem Parlament (und in diesem Falle ist es wirklich ein Spiegelbild der Bevölkerung), immer in einem labilen, auf äußerst gewagten Kompromissen ruhenden Gleichgewicht sich befände. Daß dieser Gleichgewichtszustand trotzdem